

Idsteiner Zeitung



und Anzeigebblatt.

Verkündigungsorgan des königlichen Amtsgerichts und der Stadt Idstein.

Erscheint wöchentlich dreimal.
Dienstag, Donnerstag u. Samstag.

Inserate:
Die kleine Zeile 25 Pfg.
Werkzeile 50 Pfg.

Mit der wöchentlich erscheinenden Beilage:
Des „Landmanns Sonntagsblatt“.

Redaktion, Druck und Verlag von Georg Grandpierre, Idstein.

Bezugspreis
monatlich 60 Pfg. mit Bringerlohn.
Durch die Post bezogen:
— vierteljährlich 1 Mark 80 Pfg. —
— Siehe Postzeitungsliste. —

N 138.

Montag, den 19. November

1918.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Die Amtsführung der Verwaltungsorgane.

Berlin, 16. Nov. (W. B.) Bekanntmachung.
Nach eingegangenen Meldungen sind die reaktionären Regierungsgewalten vielerorts bestrebt, ihre Tätigkeit nach altem fortzusetzen.

Durch einen Erlass der preussischen Regierung sind alle Regierungspräsidenten und Landräte ermächtigt, ihr Amt weiterzuführen. Dieses ist jedoch nur so zu verstehen, daß ihre Amtsführung unter Kontrolle durch die örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte erfolgt. Alle Landräte und sonstigen Beamten, die ihre Amtstätigkeit nach dem alten System fortsetzen oder gegenrevolutionäre Bestrebungen bezeugen oder unterstützen, sind durch die zuständigen Arbeiter- und Soldatenräte unverzüglich abzusetzen.

Unbedingt sind allen Landratsämtern Beauftragte der Arbeiter- und Soldatenräte beizugeben, denen die selbständige Ueberwachung aller Maßnahmen obliegt.

Offener Widerstand ist gegebenenfalls mit Waffengewalt zu brechen.

Der Vollzugsrat des Arbeiter- u. Soldatenrates.
Mollenbuhr. Rich. Müller.

Entschädigung der Arbeiter und Soldatenräte.

Berlin, 17. Nov. An alle Staats- und Kommunalbehörden. 1. Die Kosten, welche durch eine angemessene Entschädigung der Mitglieder der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte für ihre Mithilfe entstehen, sind von derjenigen Stelle zu tragen, bei welcher der Rat seine Tätigkeit ausübt. Danach sind sie bei den Staatsbehörden auf staatliche Fonds (Geschäftsbedürfnisfonds) und bei den Kommunalbehörden auf kommunale Fonds zu übernehmen. Erstreckt sich die Wirksamkeit des Rates sowohl auf staatliche wie auf kommunale Behörden, so sind die Kosten angemessen zu verteilen; 2. Vor Auszahlung der Vergütung haben diejenigen lokalen Organisationen, welche dem Arbeiter-, Soldaten- u. Bauernrat eingesetzt werden, die Legitimation des anfordernden Mitgliedes zu prüfen; 3. Im allgemeinen ist der entgangene Arbeitsverdienst zu vergüten. Hierzu tritt eine angemessene Aufwandsentschädigung und der Ersatz der baren Ausgaben. Dabei ist jedoch zu beachten, daß es

sich um öffentliche Gelder handelt, daß mithin bei dem Ernst der Zeit möglichste Sparsamkeit geboten ist; 4. Aus dem gleichen Grunde ist auf tunlichste Beschränkung der Zahl der Mitglieder jeden einzelnen Rates Bedacht zu nehmen.

Berlin, 16. November 1918.

Die preussische Regierung:

(gez.) Hirsch, Ströbel, Dr. Südekum.

Die Unabhängigkeit der Gerichte.

Berlin, 16. Nov. (W. B.) Im Anschluß an die Verfügung der preussischen Regierung vom 14. d. Mts. über die Zuständigkeit der Behörden weisen wir darauf hin, daß die Unabhängigkeit der Gerichte nicht angetastet werden darf. Es ist daher unzulässig, wenn seitens eines A- und S.-Rates, wie es vorgekommen ist, angeordnet wird, daß die Urteile der Gerichte dem A- und S.-Rat zur Genehmigung vorzulegen sind.

Berlin, 16. Nov. 1918.

Die preussische Regierung:

Hirsch, Ströbel, Braun, Eugen Ernst, Adolf Hoffmann, Dr. Rosenfeld.

Die Neugestaltung Deutschlands.

Von Werner Bickel.

Neugestaltung? Hier stode ich schon. Deutschland hat in aller Form eine Revolution erlebt. Ob sich aus diesen gegenwärtigen Machtverhältnissen dauernde Zustände entwickeln, bleibt abzuwarten. Es wäre müßig, darüber Prophezeiungen anzustellen. Denn es ist durchaus denkbar, daß die augenblicklich ausgeschaltete Gegenseite den Versuch unternimmt, die Lage wieder herzustellen. Doch sind solche Gegenwirkungen offener Gewalt in der gegenwärtigen nationalen Situation durchaus unangebracht.

Die bisherige Regierung ist unter Bruch verfassungsmäßiger Rechte gestürzt worden. Fast das ganze Volk aber stellt sich auf den Boden der neuen Tatsachen und ist bereit, zur Verhütung von unsäglichem Anglud einen geordneten Neuaufbau des Staates mit allen Kräften zu unterstützen. Diese Unterstützung hat das neue Regime sehr nötig. Denn seiner Entwicklung stehen Schwierigkeiten und Schwächen im Wege, die es zum Scheitern bringen könnten. Wir nennen nur den Fall, daß die Lebensmittelversorgung

oder die Kohlenzufuhr stoden könnten. Diese Gefahr hat die provisorische Reichsregierung schon erkannt, besonders in dem Aufrufe an die Landbevölkerung. Unterzeichnet ist der Aufruf von dem Rat der Volksbeauftragten: Ebert, Haase, Landsberg, Scheidemann, Barth, Dittmann. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß die Zusicherung, die staatlichen Eingriffe zur Sicherung der Volksernährung auf das unbedingt notwendige zu beschränken, gewisse Befürchtungen beseitigen kann. Die Schaffung der Selbstverwaltung wird sogar begrüßt werden. Aber eine Lücke klappt in dem Aufruf. Die Bauern werden sich mit Recht fragen, warum sich denn die neue Regierung, die sich Volksregierung nennt, so einseitig aus lauter Vertretern des Arbeiterstandes zusammensetzt, warum denn keine andere Partei in ihr vertreten ist?

Es ist eine Regierung aus eigener Machtvollkommenheit. Da sie aber nach Lage der Dinge ihre erste Pflicht in der Aufrechterhaltung der Ordnung und Ruhe erblickt, versagen bei diesem Streben ihr auch Angehörige nichtsozialdemokratischer Parteien die Gefolgschaft nicht. Die Ordnung, die zurzeit durch die dankenswerte Disziplin des Militärs — ein Verdienst der alten Erziehung — aufrechterhalten wird, ist in dem Augenblick nicht mehr garantiert, in dem sich der Macht der Ordnung eine Gewalt der Zügellosigkeit gegenüberstellt. An die Aufrechterhaltung der Ordnung haben deshalb alle Lager ohne Unterschied der politischen Stellung das größte Interesse. Sie leisten daher Mitarbeit, die ihre politische Gesinnung zu nichts verpflichtet. Die neuen Machthaber müssen die Offenheit vertragen können, daß man die von ihnen eingeleitete Herrschaft mindestens ebenso als eine aufstrotzierte betrachtet wie etwa die des preussischen Königs von 1850. Und sie werden kein Recht und keine Gründe vorbringen können gegen die Forderung, daß erst auf Grund der baldigst zu veranstaltenden Neuwahlen über alle Verfassungsfragen entschieden wird. Das ganze Volk muß zu Wort kommen. Es muß auch das Bürgertum vertreten sein, nach dem während des Krieges und jetzt in der Revolution noch niemand gefragt hat. jenen Mittelstand, der die Hauptkosten des Krieges getragen hat. Das Bürgertum bedarf dazu — wem müßte das heute noch bewiesen werden — seiner Einwirkung in einer einzigen liberalen Partei.

Das kleine Paradies.

Roman von Irene v. Hellmuth.

Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Maria senfte, ohne zu antworten, den schönen blonden Kopf, während sie den Vater in die Laube geleitete und sich dort neben ihn auf die Bank setzte. Der leise Wind trug den Duft der Rosen hinein, die dicht neben der Laube blühten. Der genesende atmete in vollen Zügen den Wohlgeruch ein. Eine Weile betrachtete er Maria aufmerksam, dann richtete er plötzlich die Frage an sie: „Sage mal, Kind — liebst du einen anderen?“

Ueber das zarte, liebliche Gesicht des jungen Mädchens lief eine heiße Röte, was dem beobachtenden Blick des Vaters nicht entging, und die Hast, mit der die Gefragte jetzt emporfuhr, verriet mehr, als sie selbst ahnte. „Wie kommst du nur auf den merkwürdigen Gedanken, Vater?“ rief sie laut und hastig, hielt aber dem Blick, der forschend auf ihr ruhte, tapfer stand.

„Nun, nun, Kind, ereifere dich nicht, ich meinte nur so!“ beschwichtigte er mit leisem Lächeln.

„Du weißt doch, daß ich mit niemanden verlehre“, begann Maria ruhiger, „wie sollte ich dazu kommen, einen Mann kennen zu lernen, den ich — ach was“, unterbrach sie sich, „das ist ja alles dummes Zeug — aber um nochmals auf Felix Ebbhardt zu kommen, — ich achte ihn — gewiß — aber heiraten — nein — heiraten werde ich nur einen, den ich liebe, wenn er auch

sonst keine sogenannte „gute Partie“ ist! Und den Felix Ebbhardt liebe ich eben nicht! Da ist gar nichts zu machen.“

„Aber, Kind, die Liebe, die kann doch noch kommen! Hat schon manch ein Mädchen sich besonnen!“

„Nein — nein, Vater, ich kenne mich besser, ich weiß bestimmt, den werde ich niemals lieben! Diese Hoffnung muß ich dir nehmen.“

„Schau, Maria — du nimmst mir halt eine große Sorge vom Herzen“, begann der Vater nach einer Weile wieder, „denn nach Andeutungen, die mir der junge Mann machte, würde er auch gern für Hans sorgen, falls ich nicht mehr dazu imstande wäre. Und — auch Linda sollte in seinem Hause eine Heimat finden. Alles wollte er tun!“

„Also die ganze Familie könnte sich auf seine Schultern stützen“, spottete Maria — „aber ich zweifle doch sehr, ob Hans die Hilfe des Herrn Ebbhardt annähme! Ich glaube, sein Stolz ließe das nicht zu. Er wird sich schon selbst helfen und Linda — nun, die ist doch auch noch jung und gesund, sie muß eben auch die Arme rühren, aber — Gott sei Dank noch ist es nicht so weit!“

Beide saßen eine Weile still in der Laube, jedes mit seinen Gedanken beschäftigt. Das fröhliche Zwitschern der Vögel, das sonst das Entzücken der beiden guten Menschen bildete, hörten sie heute nicht.

Endlich begann der Vater wieder zu sprechen: „Schau, Maria, ich will dich ja gewiß nicht zwingen, den jungen Ebbhardt zu nehmen — das ist eine Sache, die jeder mit sich selbst auszumachen

hat, aber recht dringend möchte ich dir raten: prüfe dich ernstlich, ehe du dich endgültig entscheidest. Denn die Liebe ist ein eigen Ding — und wenn dein Herz noch frei ist, wie du sagst —“

„Vater“, — fuhr das Mädchen abermals auf.

„Nun ja, lächelte dieser milde, „das war es

eigentlich nicht, was ich dir sagen wollte — aber

denke einmal an deine Mutter, die hat mich auch

nicht aus Liebe geheiratet. — Sie gestand es mir

offen, daß ihr Herz einem andern gehörte —

daß sie bereits verlobt gewesen, aber aus Gründen,

die sie mir verschwie, die Verlobung wieder lösen

mußte, trotzdem sie ihrem Verlobten in heißer

Liebe anhing. Nun war sie unter fremden Men-

schen herumgestoßen worden, um sich ihr Brot

zu verdienen. Und das ist eben manchmal

bitter schwer. Zuletzt hatte sie eine Stelle als

Gouvernante inne und die Kinder quälten sie bis

aufs Blut. Oftmals kam sie mit ihren beiden

Zöglingen hier vorbei, wenn ich gerade im Gar-

ten arbeitete. Ich bemerkte die sehnsüchtigen

Blicke wohl, die sie verstohlen hineinwarf. Zu-

leht kam sie täglich und ich öffnete die Gartentür

absichtlich recht weit, damit sie alles überschauen

konnte. Bald wußte ich die Stunde ganz genau,

zu der sie erschien und wir hatten des öfteren schon

miteinander geplaudert. „Ihr Besitztum kommt

mir immer wie ein kleines Paradies vor“, sagte

sie einmal. „Ein kleines Paradies“, das gefiel

mir, und ich habe seitdem mein Haus und meinen

Garten so genannt. Während ich lächelnd nickte,

fuhr sie wehmütig fort: „Hier muß es herrlich zu-

wohnen sein! Diese köstliche Ruhe, diese Stille,

fern von den Menschen mit ihrem Hasten und

Ein gekrümmter Rücken war schon in der alten Zeit nichts Schönes und ist es auch in der neuen Zeit nicht. Frei und aufrecht wollen wir die Schwelle der neuen Zeit überschreiten und uns nicht die ungeheuren Gefahren verbergen, die der Kultur des Staates und des deutschen Volkes drohen. Schwere und schwerste Tage sind zu erwarten. Aber wir sehen dem Kommenden frei ins Auge. Wir erhoffen allem Widrigen zum Trotz von der Zukunft auch Großes, nämlich endlich die Einheit aller deutschen Stämme und die freie Entwicklung aller aufstrebenden Kräfte, die durch die Vorrechte und Schranken der alten Gesellschaftsordnung, nicht zum Heile des deutschen Volkes, seither niedergehalten worden sind. Das deutsche Volk darf nicht nur mit dem Stimmzettel in der Hand an seinen Geschicken mitarbeiten, es muß sich bemühen, alle Fragen und Zusammenhänge des nationalen Lebens zu erfassen.

Nur diese Hoffnung kann uns aufrechterhalten gegenüber dem niederdrückenden Druck der schmachvollen Bedingungen, welche die Feinde dem tapferen und unbeflegten deutschen Heere auferlegt haben. Wir wollen die Regierung, die diese Bedingungen angenommen, dafür ebenso wenig zur Verantwortung ziehen, ebenso wenig wie wir der Regierung, die den Krieg erklärte, die Schuld am Ausbruch der Katastrophe zuschreiben können.

Aus Rundgebungen der neuen Männer erbellt, daß sie jetzt auch von dem Vernichtungswillen unserer Feinde überzeugt worden sind. Sie müssen sich auf den Standpunkt stellen, daß ein auf der Grundlage der Hochschen Bedingungen geschlossener Friede den wirtschaftlichen und damit auch den politischen Untergang des deutschen Volkes herbeiführen muß und daß nichts unterbleiben darf, was als geeignet erscheint, einen solchen Frieden von uns abzuwehren.

Wie? — Hic Rhodus, hic salta!

Politisches.

Der Waffenstillstand.

Zugeständnisse.

Berlin, 17. Nov. Die deutsche Waffenstillstandskommission veröffentlicht die Fortsetzung ihres Berichtes über die Verhandlungen im französischen Hauptquartier. Der Bericht gibt diesmal eine ausführliche Darstellung des Verlaufes der Verhandlungen und Besprechungen und eine Zusammenstellung der von der Kommission erzielten Zugeständnisse. In dem Bericht heißt es u. a.: Marschall Foch hat zunächst jede Verhandlung abgelehnt. Es gelang aber, ihn umzustimmen und zu erreichen, daß Verhandlungen in nicht offizieller Form stattfanden. Die Grundlage bildete ein von der deutschen Delegation ausgearbeiteter Gegenvorschlag, der auf sämtliche Punkte einging. Nachdem Foch das Schriftstück erhalten hatte, wurde es in weiteren vertraulichen Besprechungen ausgiebig erörtert, worauf der Marschall auf sämtliche Gegenvorschläge einging und antwortete:

Treiben — wie wohlthuend das ist! Wer es doch auch so gut hätte! Das ging mir denn immer im Kopfe herum — und eines Tages fragte ich sie, ob sie wohl Lust hätte, für immer hier zu wohnen, mein Haus sei verwaist und brauche eine Herrin. Sie verstand mich nicht gleich, aber als sie begriff, was ich meinte, da schüttelte sie den Kopf und sah mich mit ihren melancholischen Augen an, daß es mir wie ein Schauer über den Rücken lief. — „Mein Herr“, sagte sie traurig, „Ihre Frau kann ich nicht werden, denn ich liebe einen anderen und werde ihn lieben bis in den Tod!“. Dann ging sie mit gesenktem Kopf davon, und so viel ich auch nach ihr ausspähte — ich konnte sie nicht mehr erblicken. Aber ich wurde den Gedanken an sie nicht mehr los. Täglich hoffte ich, sie würde kommen. — Und sie kam! Die Blumen blühten in jenem Sommer so schön wie selten, es war alle Tage wie ein Festtag. Draußen stand sie und schaute mit verträumten Augen zu mir herein. Ich konnte nicht anders, ich streckte ihr jubelnd beide Hände entgegen. Sie aber sagte leise: „Wollen Sie mich noch?“ Und als ich freudig bejahte, da fuhr sie in bringendem Tone fort: „Aber bedenken Sie, ich kann Ihnen kein Herz voll Liebe entgegenbringen, doch habe ich das ehrliche Bestreben, Sie glücklich zu machen! Man hat mich fortgeschickt aus dem Dienst, weil der Sohn des Hauses mir nachstellte, und nun bin ich wieder allein, ganz allein — das kann ich fernerhin nicht ertragen!“

„Siehst du, Maria“, schloß der Alte seinen Bericht, „so wurden wir ein Paar, deine Mutter und ich. Und haben wir nicht immer in bester Eintracht wie zwei gute Kameraden gelebt? Keines von uns hat es je bereut. Fünfundzwanzig Jahre lebte sie neben mir in stiller Zufriedenheit. Als die teure, geliebte Frau ihr Ende nahen fühlte, da dankte sie mir innig und herzlich für alles und versicherte mir, daß sie mich sehr lieb gewonnen. Ich wollte dir durch diese Geschichte nur beweisen, daß man auch ohne die himmelhochjauchzende Liebe ganz glücklich und zufrieden leben kann.“

(Fortsetzung folgt.)

Die Zugeständnisse sind in ihrer Mehrzahl schon bekannt. Einen wichtigen Erfolg erzielte die Waffenstillstandskommission in der elsass-lothringischen Frage. Sie setzte es durch, daß die in den französischen Bedingungen angewandte Bezeichnung „pays envahi“ für die Reichsländer ausgemerzt wurde, diese also nicht mehr als besetztes Gebiet bezeichnet wurden. Dadurch wurde für die Friedensverhandlungen die Anwendung der Wilsonschen Grundsätze auf die elsass-lothringische Frage in vollem Umfange gewahrt. Erreicht wurde ferner, daß Verwaltung, Gesetzgebung und Rechtsprechung in den linksrheinischen Gebieten unverändert, also deutsch bleiben. Ein weiteres Zugeständnis ist es, daß die Nichterhaltung der Räumungsfrist kein Grund zur Kündigung sein soll. Auf die deutschen Vorstellungen gegen die verlangte Besetzung der rechtsrheinischen Brückenköpfe berief sich Marschall Foch immer wieder auf das Telegramm Bethmanns an den Pariser Botschafter Baron Schön von Ende Juli 1914, worin als Garantie der Neutralität Frankreichs die Besetzung von Douai, Epinal und Verdun gefordert worden war. Neu ist endlich die Mitteilung, daß die deutschen Truppen in Ostafrika nicht bedingungslos kapitulieren müssen. Es wurde vielmehr für sie ehrenvoller Abzug erzielt und sie werden bis zur Ankunft deutscher Schiffe in Sansibar von der Entente verpflegt werden. Endlich bleibt es auch Deutschland vorbehalten, seine Kriegsschäden anzumelden.

340 Milliarden.

Ul Genf, 18. Nov. Wie der „Matin“ feststellt, werden die Ansprüche Frankreichs an Deutschland 340 Milliarden betragen. Diese Summe setzt sich zusammen: Rückzahlung der 5 Milliarden Kriegskosten von 1870 mit Zins und Zinseszins 140 Milliarden, Invalidenpension 50 Milliarden, für Kriegskosten 50 Milliarden zum Wiederaufbau und als Schadenersatz 100 Milliarden. Die vorherige Anerkennung dieser Gesamtsumme sei, wie das Blatt hervorhebt, die Vorbedingung der Friedensverhandlung. Alle anderen Entente-Länder würden ähnliche Forderungen stellen, so daß das deutsche Nationalvermögen zur Begleichung nicht ausreicht. Die Entente würde deshalb bestimmen, wie viel man den Deutschen jährlich zum Leben lassen müsse.

Arbeiterverein und Völkerfriede.

Ul Genf, 18. Nov. Nach der „Humanité“ beschloß der französische allgemeine Gewerkschaftsbund auf Anregung der amerikanischen Arbeiterföderation einen allgemeinen internationalen Arbeiterverein zu berufen, um zwischen den Arbeitern der ganzen Welt wieder brüderliche Beziehungen anzuknüpfen und damit eine geeignete Grundlage für den Völkerfrieden zu schaffen.

Zusammenschluß der Parteien.

Ul Berlin, 18. Nov. Der geschäftsführende Ausschuß der fortschrittlichen Volkspartei hat gestern endgültig der Vereinigung mit der nationalliberalen Partei und der Unterzeichnung des demokratischen Auftrufs zugestimmt.

Ul Berlin, 18. November. Wie der „Köln-Anzeiger“ erzählt, haben sich die konservative Partei und die freikonservative Partei bzw. die frühere Reichspartei, zu einer einzigen Partei zusammengeschlossen.

Die Bedrohung Posen.

Berlin, 17. Nov. (B. B.) Dem „Vorwärts“ wird aus Posen vom 15. November telegraphiert: Seit gestern befinden sich die Stadt und ein großer Teil der Provinz Posen in polnischen Händen, und zwar geschah diese Umwandlung nicht durch den Einzug der polnischen Legionäre von außen, sondern dadurch, daß die Polen im Arbeiter- und Soldatenrat die Nacht an sich brachten. Am 9. November kamen Matrosen und Soldaten nach Posen und verhandelten mit dem Vorstand der sozialdemokratischen Partei und regten die Bildung von Soldatenräten an. Die sozialdemokratische Partei verhielt sich dieser Anregung gegenüber abwartend. Schließlich wurde aber, wie verlautet, die Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten vom Gouverneur selbst angeordnet. In den Arbeiter- und Soldatenräten trat der sozialdemokratische Einfluß rasch zurück. Der frühere polnische Abgeordnete Seyda nahm die Sache in die Hand, indem er unter scharfen Ausfällen auf die Juden die Besetzung der Arbeiter- und Soldatenräte mit Polen forderte. Am 14. November erschien eine Wache der polnischen Legion vor dem Rathaus, gab einige Marmuschüsse ab und begann dann ihre Verhandlungen mit dem Arbeiter- und Soldatenrat. Es wurden den Polen vier weitere Sitze zugestanden. Die sozialdemokratische Partei stellte sich seitdem auf den Standpunkt, daß mit dem Uebergang der tatsächlichen politischen Macht in die Hände der polnisch-nationalen Bewegung als mit einer Tatsache gerechnet werden müsse. Von den Zentralbehörden in Berlin erwartet sie Maßnahmen zum Schutz der deutschen und jüdischen Minderheit. Auf das Gerücht hin, daß polnische Legionäre im Anmarsch seien, wurde Seyda an die Grenze geschickt. Er kam mit der Nachricht zurück, an diesem Gerücht sei kein wahres Wort. Die

Legionen kommen, wie gesagt, nicht von außen, sondern werden im Innern gebildet. Munition und Proviant sind in ihren Händen, und in Posen regiert der polnische Volksrat.

Abgabe der ersten Kriegsschiffe.

Ul Kiel, 18. Nov. Der erste Teil der für die Internierung bestimmten Kriegsschiffe hat Sonntag Nachmittag den Kieler Hafen verlassen und ist durch den Kaiser-Wilhelm-Kanal nach der Nordsee abgedampft, wo die Schiffe weitere Befehle erwarten, in welchem Hafen sie interniert werden sollen. Bis zum Abend waren ausgelaufen die Linienschiffe „Bayern“, „Großer Kurfürst“, Kronprinz Wilhelm“, „Markgraf“, „König Albert“ und „Kaiserin“, ferner die Kreuzer „Seydlitz“ und „Moltke“.

(Voss. Ztg.)

Die Friedenskonferenz.

Genf, 17. Nov. Das „Petit Journal“ glaubt nach einem Havastelegramm, daß die Vorarbeiten für den Frieden von Seiten der Vertreter der Entente ziemlich lange dauern werden. Die Friedenskonferenz selbst dürfte kaum vor Anfang Januar beginnen. Die Unterhändler der Entente würden sich jedenfalls schnell über die grundsätzlichen Bedingungen des Friedens einigen. Es sei aber nötig, auch die erforderlichen Maßregeln zu treffen, um die unmittelbare Wiederaufnahme der Friedenstagigkeit beim Friedensschluß zu sichern.

Die Vergütung des Kriegsschadens.

Haag, 17. Nov. Das „Amsterdamer Handelsblad“ veröffentlicht eine offenbar inspirierte Zuschrift über die rechtliche Seite der Vergütung für den Kriegsschaden in Belgien. Hiernach wird die belgische Regierung die belgischen Gerichte mit der Regelung der Schadenersatzleistungen beauftragen. Die einzelnen geschädigten Personen haben den belgischen Gerichten eine Schätzung ihres Schadens einzureichen, wonach die Gerichte die Prüfungen und Entscheidungen vorzunehmen haben. Es betrifft dies den Schaden an Gütern. Der Schaden, den Personen körperlich erlitten haben, wird lediglich festgestellt, ohne ihn abzuschätzen. Da die vorhandenen Gerichte nicht ausreichen, sollen neue richterliche Kommissionen gebildet werden.

Kolalnachrichten.

Idstein, den 18. November 1918.

— Arbeiterrat. Am Freitagabend wurde in der Versammlung im „Goldenen Lamm“ der Arbeiterrat gebildet; er setzt sich zusammen aus den Herren: Emil Hoffmann, Vors., Karl Bach, Karl Beuerbach, Josef Hohlh, Fritz Klaus, Wilh. Löber und Franz Zimmermann. Er stellte sich am Samstag vormittag dem Herrn Bürgermeister vor (siehe nächsten Bericht) und veranlaßte die Aufziehung der roten Fahne auf dem Rathaus.

— Am Sonntag hatte der A.-B.-S.-Rat die erste ordentliche Sitzung. Die drei Räte haben sich mit dem Magistrat der Stadt zu enger gemeinschaftlicher Arbeit verbunden. Diesbezüglich hat unser Herr Bürgermeister die Erklärung abgegeben, daß er sich mit Magistrat und Stadtverordneten den Räten zur Verfügung stellt. Einige der wichtigsten Fragen wurden eingehend besprochen, z. B. kommt unsere Stadt in nächster Zeit als Truppeneinmarsch- und Verpflegungsstation in Frage. Damit unsere von der Front zurückkehrenden tapferen Kameraden warme Quartiere erhalten, wurde beschlossen, die Bauwerk- und Bürgerschulen, sowie die beiden Turnhallen zu guten Unterkunftsräumen herrichten zu lassen. Vorerst kommen Bürgerquartiere nicht in Frage, selbstverständlich müssen sie für den Notfall bereitstehen. Die Verpflegungsfrage wird eine sehr schwierige sein. Wir fordern deshalb die Landwirte unserer Stadt und der umliegenden Ortschaften auf, alles bereit zu halten, um uns bei der Truppensättigung mit dem Notwendigen zu unterstützen. Bedenket, wozu der Hunger den Menschen treiben kann! — Die Wohnungsfrage findet eine vorläufige Erledigung in der Bekanntmachung des Magistrats. Es ist zu erhoffen, daß alle Idsteiner in ihrer Heimatstadt Wohnung finden. Sollte dies wegen Sonderinteressen Einzelner auf Schwierigkeiten stoßen, so wird der A.-B.-S.-Rat energische Abhilfe zu schaffen wissen. In Zukunft werden bei den Verkäufen auf dem Rathaus auch Frau Herm. Wiegand Wwe. und Frau J. Klein Wwe. in Tätigkeit sein. Die Heizmaterialfrage wurde ebenfalls eingehend besprochen. Bestehenden Mängeln wird abgeholfen. Weitere sehr wichtige Angelegenheiten führen den A.-B.-S.-Rat zu täglichen Sitzungen zusammen.

— Bürgerrat. Ein Bürgerrat wurde am Freitagabend im „Löwen“ aus folgenden Herren gebildet: Josef Schnorrenberg, Vors., Georg Grandpierre, Alfred Krosd, Wilhelm Keder, Franz Viktor, Adolph Witt und den zwei stellv. Mitgliedern Herren Theodor Hoyer und Ludwig Schütz. Der Arbeiterrat hat zwar beschlossen, mit dem Bürgerrat nicht gemeinsam zu wirken, doch stellt sich der letztere zur Bewältigung bedorftender Arbeiten der Stadt auch zur Verfügung.

— **Auszeichnung.** Der 19jährige Gefreite Otto Wahl, Sohn unseres Mitbürgers Gottfried Wahl, wurde für besondere Tapferkeit bei den schweren Rückzugskämpfen im Westen mit dem Eisernen Kreuz 2. Kl. ausgezeichnet. Gegenwärtig liegt er mehrfach verwundet in einem noch unbekannten Lazarett.

— **Das Gerücht,** wonach die deutsche Heeresverwaltung die wehrpflichtigen Männer aus dem von der Entente besetzten Gebiet und aus den neutralen Zonen nach dem östlich davon gelegenen Deutschland befördern will, entbehren jeder Begründung. Die gesamte Bevölkerung wird unbehindert in ihren Heimatorten verbleiben können.

— **Die Heimkehr der Truppen.** Zu Ehren der heimkehrenden Krieger prangen die rheinischen Städte in reichem Flaggenschmuck. Die Truppen rücken in immer stärkeren Kolonnen an. Die Durchführung der Verpflegungsmassnahmen ist in vollem Gange. In Köln werden außer anderen Räumen zur Unterkunft der Truppen 100 Schulen in Anspruch genommen. An den Zufahrtsstraßen werden städtischerseits Verpflegungsstationen errichtet. 600 Mann Bürgerwehr haben ihre Tätigkeit begonnen. Bisher vollzog sich der Durchzug durch die rheinischen Großstädte in vollster Ordnung und Ruhe. Die Stimmung der Truppen ist gefaßt und zuversichtlich. Von der belgischen Grenze wird gemeldet, daß die 6. Armee sich in vollster Ordnung auf dem Rückmarsch befindet. Sie wird am Mittwoch Herbsthal erreichen. Die durch Holland durchmarschierenden Truppen mußten ihre Waffen zurücklassen. In den Militärzügen sind reichlich Lebensmittel vorhanden. Zur Entlastung des Eisenbahnverkehrs wurde ein Dampferverkehr Köln-Venrath eingerichtet. Von dort gehen Verbindungen der Kleinbahnen in das Bergische Land sowie nach Düsseldorf.

— **Die Erhöhung der Brotration.** Die Reichsgetreidestelle gibt bekannt, daß vom 1. Dezember an die tägliche Mehlration allgemein um 40 Gramm erhöht wird. Den Schwer- und Schwerstarbeitern wird diese Erhöhung auch auf ihre Zulagen angerechnet. Die erhebliche Verbesserung, auch für sie liegt in der Erhöhung der Brotmenge für ihre Familienmitglieder.

Aus nah und fern.

h Wiesbaden, 17. Nov. In einem hiesigen Konzerthause bekam ein Feldwebel, der vor drei Jahren im Felde die Sprache verloren hatte, während eines Musikstückes die Stimme wieder.

h Höchst a. M., 17. Nov. Der hiesige A.-S.-R. legte Protest gegen die von der Regierung erlassene Bekanntmachung, wonach die auf Grund des Dreiklassenwahlrechts gewählten städtischen Körperschaften und die auf Grund des Vierklassenwahlrechts ernannten Kreisräte weiterbestehen sollen. Der A.-S.-R. erklart darin ein Mittel, durch das die politische Macht den Arbeiter- und Soldatenräten wieder entzogen wird.

h Höchst a. M., 17. Nov. Der A.-S.-R. hat das Verbot der Hauserschlägungen wieder aufgehoben.

Neuenhain, 8. Nov. Ueber einen unbefugten Aepfelverkauf weiß die „Volksstimme“ folgendes zu berichten: „Mit 1500 Mark wird derjenige bestraft, der Obst, besonders Aepfel, aus dem Kreise ohne Erlaubnisschein ausführt.“ So lautete eine Bestimmung des Landratsamtes in Homburg, die während der Aepfelernte hier an den Anschlagtafeln prangte. Und nun höre man, wie ein Bürgermeister diese Bestimmung umging. Die hiesige Gemeinde versteigerte die Gemeindepäpfele in diesem Jahre nicht wie früher an den Bäumen, sondern erntete selbst, um sie in gerechter Weise zu 32 Mark pro Zentner an die Ortsbewohner, welche keine Aepfel ernteten, zu verteilen. Diese Aepfel lagerten im Saal der Wirtshaft „Zum Taunus“. Eines Morgens ging wie ein Lauffeuer das Gerücht um, es sei dort eingebrochen und ein Wagen voll Aepfel gestohlen worden. Auffällig war, daß die vermeintlichen Epibuben den ganzen Hausen durchwühlten und nur die besseren Sorten genommen hatten. Doch bald kam Licht in die Angelegenheit. Bürgermeister Lohmann von Uffingen hatte am Tage vorher den Gemeindevorstand Neul, dem die Ausgabe der Aepfel anvertraut war, gefragt, ob er nicht ein paar Aepfel haben könnte. Neul glaubte, es handle sich höchstens um einen Rucksack voll und sagte, daß es auf ein paar nicht ankäme. Abends spät holte sich Bürgermeister Lohmanns Freund, Gemeindevorstand Eberhard, bei Feldhüter Maurer den Schlüssel zu der Aepfelfammer, und nun wurden die Aepfel ohne Wissen und Willen der Gemeindevertretung fortgeschafft. Es sollen etwa 10 Zentner gewesen sein. Hoffentlich geht die Bezirksstelle für Obst und Gemüse in Frankfurt dieser Sache unverzüglich nach, wobei sie auch die „Gutgläubigkeit“ des Schöffen Neul ernstlich prüfen muß, denn diese kommt uns sonderbar vor.

h Frankfurt a. M., 17. Nov. Samstag früh brach in einem zum Bau von Kriegsgeräten dienenden Gebäude der Firma Hartmann u. Braun im Stadtteil Bodenheim ein Großfeuer aus, das die gesamte Inneneinrichtung des

mehrstöckigen Bauwerkes zerstörte. Der Schaden wird auf mehr als 300 000 Mark geschätzt. Menschenleben kamen nicht zu Schaden.

h Frankfurt a. M., 17. Nov. Zur umgehenden Durchführung der riesigen Truppentransporte in das Landesinnere hat heute das Polizeipräsidium jede Reise von Zivilpersonen auf der Bahn bis auf weiteres verboten. Nur in dringenden Fällen gibt das Präsidium einen Ausweis für die Verabsolung von Fahrkarten in den Bahnhöfen.

h Friedrichsdorf i. T., 17. Nov. Aus Anlaß seiner Silberhochzeit hat der Fabrikant Haller der Stadt eine Stiftung von 45 000 M. zugeeignet, deren Verwendung sich der Stifter vorbehalten hat.

h Griesheim b. Darmstadt, 17. Nov. Ein furchtbarer Unglücksfall trug sich Samstag früh auf dem Truppenübungsplatz zu. Eine Anzahl Jungen schaute auf dem Fluggelände den Arbeiten an einem Flugzeug zu, als dieses plötzlich explodierte. Durch die umhersliegenden Stücke wurden drei Kinder auf der Stelle getötet, ein vierter Junge starb unter den Händen der Aerzte.

h Schweinfurt a. M., 17. Nov. Als Lebensmittelhamster ersten Ranges wurde hier der Hauptmann G. vom Soldatenrat entlarvt. In der Wohnung dieses „Durchhalters“ fand man den Inhalt von nicht weniger als zwei Eisenbahnwaggons Lebensmittel, die aus dem Felde und der Etappe durch Soldaten des Hauptmanns herbeigeschafft waren. Das Lebensmittellager erhielt militärische Bewachung. (Man spricht auch hier viel von solchen Etappehamstern.)

h Wilhelm II. Vermögen. Wenngleich die revolutionäre Regierung das Kronfideikommissvermögen beschlagnahmt und als Volkseigentum erklärt hat, so verbleiben doch von den Krongütern noch 83 als Sondereigentum im Besitz des Kaisers, und nur sieben sind wirkliche Krongüter. Die meisten der 83 Güter sind mit den kaiserlichen Schlössern verbunden. Das Berliner Schloß ist Krongut, also jetzt Volkseigentum. Im Privatbesitz des Kaisers verbleiben dagegen die Schlösser Bellevue und Monbijou und die 13 Potsdamer Paläste. Das Stadtschloß in Kassel und das Residenzschloß in Hannover sind ihm nicht zu eigen, wohl aber gelten als des Kaisers Privatbesitz u. a. die Schlösser Wilhelmshöhe, Wiesbaden, Koblenz, Homburg v. d. H., insgesamt 19, ferner eine Anzahl Jagdschlösser und zahlreiche andere über das Land verstreute kleinere Schlösser. Zum beschlagnahmten Kronfideikommiss gehören auch nicht das von Friedrich Wilhelm I. begründete Hausfideikommiss und das von Friedrich Wilhelm III. gestiftete kgl. Prinzliche Familienfideikommiss als Ausstattung für nachgeborene Prinzen, ferner bildete Friedrich Wilhelm einen mit 15 Millionen Mark ausgestatteten Kronkoffer, der 1871 als Reichsgabe weitere 4½ Millionen Mark erhielt. Der sparsame Kaiser Wilhelm I. vermehrte den Tresor auf 80 Millionen Mark. Bis auf 20 Millionen Mark — dem Kronkoffer gehörend — wurde Kaiser Wilhelm I. Vermögen später unter seinen Kinder verteilt. Wilhelm II. erhielt nach Friedrich III. Tode außer dem Kronkoffer wenig bares Geld. Er verdiente während seiner ersten Regierungsjahre einmal 10 Millionen Mark an Grundstücksverkäufen in Berlin, die Summe verbrauchte er aber zu kostspieligen Umbauten des Marstalls. Heute darf das Barvermögen des Kaisers auf 20 Millionen Mark geschätzt werden. Der Wert der ihm gehörenden Privatautier ist jedoch ebenfalls nach Millionen zu beziffern. — Um das Krongut und das Privateigentum Wilhelm II. dürften sich zweifellos noch Prozesse zwischen Regierung und der bisherigen Krone entspinnen. Es ist Niesenarbeit, urplötzlich mehr als 500jährige Rechte und Vermögenswerte zu sezieren.

* **Die Wahrheit siegt.** Auf einem Bahnhof bei Osnabrück kommt ein Herr mit einer Reisetasche an, in der sich ein kleiner Schinken und eine Speckseite befindet. Beim Anblick des das Reisegepäck prüfenden Wachmeisters pudert das Herz des Herrn etwas stark. Aber, denkt er, das Lügen kann doch nichts helfen, sag' nur die Wahrheit. Als er den Bahnsteig betreten will, fragt ihn der Revisor: „Was haben Sie denn in ihrer Tasche?“ „Einen Schinken und eine Speckseite!“ war die Antwort. „Na“, sagt der Gendarm, „das binden sie nur einem andern auf, aber nicht mir!“ und läßt ihn ruhig ziehen.

Letzte Meldungen.

h Trier, 18. Nov. General von der Marwitz macht bekannt, daß er an der Spitze der 5. Armee hier angekommen sei, hinter ihm folgten mehrere Hunderttausend Mann braver Soldaten, die bisher tapfer dem Feind die Stirn geboten hätten und jetzt über den Rhein zurückkehren würden. Er verlangt bedingungslose Befolgung seiner Befehle und Anordnungen, wer dagegen verstöße, verführe sich am Vaterland und am Wohle unserer tapferen Soldaten. Sie könnten von der Heimat verlangen, daß man ihnen den Weg durch die Heimat nicht erschwere, sondern mit allen Mitteln ebne. — Die Stadt ist geslaggt. Am Westbahnhof ist eine Ehrenpforte errichtet.

h Berlin, 18. Nov. Nach einer Drahtung aus Görlik hat der Kommandeur des dort internierten 4. griechischen Armeekorps vor einigen Tagen der nach Abbruch der Beziehungen der niederländischen Gesandtschaft zugeteilten Vertretung in Berlin mitgeteilt, daß sich unter dem Einfluß der Revolution auch in seinem Korps ein Soldatenrat gebildet habe. Der Kommandeur bittet, dies der griechischen Regierung mitzuteilen und darauf hinzuwirken, daß das Korps sobald als möglich nach Griechenland zurückgeführt werde. Sollte es zum Rücktransport der griechischen Truppen kommen, so werden die meisten Soldaten und Offiziere in die Heimat zurückkehren.

h Genf, 18. Nov. Der „Matin“ meldet, die Generale Petain und Mangin seien in Metz angekommen.

h Amsterdam, 18. Nov. Nach Meldungen aus Washington hat General March Befehl zur Demobilisierung sämtlicher Truppen der Vereinigten Staaten, insgesamt 1 700 000 Mann, gegeben.

Der Entwurf des Wahlgesetzes.

Berlin, 18. Nov. Der Entwurf des Wahlgesetzes für die Nationalversammlung sieht nach dem „Vorwärts“ Wahlkreise mit 150 000 Einwohnern vor. Für das ganze Reichsgebiet wird die Verhältniswahl eingeführt in ähnlicher Weise, wie sie vom Reichstag für einige Großstädte beschlossen worden ist. Ersatzwahlen gibt es nicht. Beim Ausscheiden eines Mitgliedes rückt der nächste auf der Liste auf. Die Wählerlisten sind am 2. Januar aufzulegen; Einsprüche sind bis zum 11. anzubringen und bis zum 25. zu erledigen. Ueber die nachträgliche Aufnahme von Militärpersonen, die im Januar heimkehren, soll eine besondere Verordnung ergehen. Die Wahlen sollen dann, wie schon gemeldet, am 2. Februar vorgenommen werden. Das Verfahren ist wie bei den Reichstagswahlen und weicht von diesen nur insofern ab, als diesmal Männer von 20 bis 25 Jahren und Frauen von über 20 Jahren mitwählen. Für den Fall, daß Deutsch-Oesterreich den Eintritt in die deutsche Republik wünscht, soll seiner Abgeordneten der Beitritt zur Nationalversammlung entsprechend den allgemeinen Regeln offenstehen. Eine Verzögerung der Wahl in Oesterreich soll das Recht der Beteiligung nicht aufheben.

Friedhof.

Da die Erweiterung von Grundstücken zur Erweiterung des Friedhofes auf Schwierigkeiten gestoßen ist, haben wir beschlossen, die Felder des älteren Teils des Friedhofes wie folgt wieder zu belegen:

1. Zu Gräbern für Erwachsene den II. Teil rechts des Haupteingangs, auf welchem die erste Beerdigung im Mai 1871, also vor 47 Jahren erfolgt ist;

2. zu Gräbern für Kinder das vierte Feld links des Haupteinganges (im oberen Teil), auf welchem die erste Beerdigung im August 1887, also vor 31 Jahren erfolgt ist.

Dies wird gemäß § 7 der Friedhofs- und Beerdigungs-Ordnung bekannt gemacht unter der Aufforderung, daß die Abräumung der Grabstätten auf den oben bezeichneten zwei Feldern seitens der Erben oder sonstigen Berechtigten bis zum 15. Dezember zu erfolgen hat, und daß nach Ablauf dieser Frist die Räumung seitens der Stadt erfolgt und ihr die etwa noch vorhandenen Grabsteine zufallen.

Will ein Angehöriger der auf diesen Feldern beerdigten Personen eine weitere Ruhestätte vor 30 Jahren für das Grab erwirken, so ist der Antrag rechtzeitig vor der Belegung bei uns schriftlich einzureichen und die hierfür bestimmte Abgabe von 30 M. an die Stadtasse zu zahlen.

Idstein, den 1. November 1918.

Der Magistrat:

Leichtfuß, Bürgermeister.

Bekanntmachung.

Sämtliche nach Idstein beurlaubten oder entlassenen Militärpersonen haben von jetzt ab sich innerhalb 24 Stunden beim Soldatenrat zu melden. Die Meldestelle befindet sich im Rathaus hier selbst. Dienststunden von 9—11 vormittags. Weitere Ausführungen werden in der nächsten Ausgabe veröffentlicht.

Der Soldatenrat Idstein
J. A.: Zeig.

Kriegsanleihe.

Die endgültigen Stücke der achten Kriegsanleihe, einschließlich Feldzeichnungen bis zu M 1000 sind eingegangen. Die bei uns bis zu dieser Höhe gezeichneten Stücke, sowie sämtliche aus früheren Anleihen noch rückständigen Papiere, halten wir zur Abholung bereit. Wir bitten dringend, die Stücke umgehend in Empfang nehmen zu wollen, da bereits an allen Papieren schon Coupons fällig geworden sind. Die seinerzeit hierüber ausgestellte Quittung, sowie die betr. Sparkassenbücher, in welchen noch Einträge hierwegen vorzunehmen sind, bitten wir hierbei vorzulegen.

Vorschauverein zu Idstein,
e. G. m. u. H.

Dankeschuld.

Aus Dankbarkeit muß jeder den durchmarschierenden Truppen helfen.
Sorgt für Brot und Unterkunft.
Der stellv. Landrat: Dr. Ingenohl.
Nähere Anweisung wird ergehen.

Sicherheitsdienst.

Wo noch nicht geschehen, sofort in allen Stadt- und Landgemeinden im Einvernehmen mit Soldaten-, Arbeiter- und Bauernräten Sicherheitsdienst einrichten zum Schutze des Eigentums, der Vorräte und landwirtschaftlichen Betriebe usw. gegen Raub und Plünderung.

Der Arbeiter- und Soldatenrat beim stellv. Generalkommando Frankfurt a. M.

Wird veröffentlicht.

Langenschwalbach, 16. November 1918.

Der Landrat:

J. B.: Dr. Ingenohl, Kreisdeputierter.

Aufenthaltsänderung.

Der Zivilbevölkerung ist das Verlassen des zu besetzenden Gebietes und des neutralen Streifens verboten. Jeder schützt sein Eigentum am besten, indem er selbst da bleibt; Aufrechterhalten der Ordnung und des Wirtschaftslebens fordern jeden an seinen Platz. — Reisen sind nur gegen besonderen Ausweis gestattet, ausgenommen ist nur der Arbeiter- und Berufsverkehr.

Zur Ausstellung der Ausweise wird zunächst die Ortspolizeibehörde ermächtigt, die im Einverständnis mit den Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräten zu arbeiten haben.

Langenschwalbach, 14. November 1918.

Der Landrat:

J. B.: Dr. Ingenohl, Kreisdeputierter.

Sicherheitsdienst.

Im Einvernehmen mit dem hier gebildeten Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat ist ein Sicherheitsdienst eingerichtet worden zum Schutze des Eigentums und der Vorräte der landwirtschaftlichen Betriebe etc. gegen Raub und Plünderung, was hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht wird.

Idstein, den 18. November 1918.

Die Polizeiverwaltung:

Leichtfuß, Bürgermeister.

Der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat:

Emil Hoffmann, Wilhelm Werner, Karl Hoffmann.

Arbeitsnachweis

ist im hiesigen Rathaus eingerichtet und können Anfragen jeden Tag vorm. von 9—12 Uhr erfolgen.

Idstein, den 18. November 1918.

Der Bürgermeister: Leichtfuß.

Wohnungsfürsorge.

Diejenigen hiesigen Einwohner, welche Wohnungen zu vermieten haben, und diejenigen, welche Wohnungen suchen, wollen dies innerhalb 5 Tagen auf dem Rathaus dahier, vormittags von 9—12 Uhr, melden, wobei bemerkt wird, daß nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen über das Wohnungswesen unbenuzte Wohnungen, die früher vermietet waren, bzw. jetzt unbenuzt sind, dem Magistrat auf Verlangen zu einem angemessenen Preis zur Verfügung gestellt werden müssen.

Als unbenuzt gelten Wohnungen und Räumlichkeiten, wenn sie vollständig leer stehen oder lediglich zur Aufbewahrung von Gegenständen benutzt werden, die in Lagerräumen aufbewahrt werden können, Räumlichkeiten, die mit eigenen oder auf Abzahlung entnommenen Möbel wohnungsmäßig eingerichtet sind, gelten nicht als unbenuzt.

Wir erwarten, daß die hiesigen Hausbesitzer, welche leerstehende Wohnungen zur Verfügung haben, diese zur Vermietung zur Verfügung stellen, damit, wenn unsere Soldaten heimkehren, kein Wohnungsmangel entsteht.

Mehl

für Kranke gegen Brotkarte auf Genehmigung der Kreisprüfstelle Dienstag nachmittags 2—2½ Uhr.

Kartoffel-Lieferung.

Der am Freitag zur Anmeldung gekommene Kartoffelbedarf wird von der Gemeinde Walsdorf im Laufe dieser Woche geliefert. Der Preis beträgt für den Zentner 6.50 M.

Idstein, den 18. November 1918.

Der Magistrat:

Leichtfuß, Bürgermeister.

Kriegsfürsorge.

Die Reichsunterstützung der Familien der zum Kriegsdienst Einberufenen für den Monat November wird Dienstag, d. 19. d. M. vormittags v. 10½—12 Uhr bei der Stadtkasse ausbezahlt.

Idstein, den 18. November 1918.

Der Magistrat:

Leichtfuß, Bürgermeister.

Stadtverordneten-Versammlung.

Die Herren Stadtverordneten werden zu einer Sitzung auf

Dienstag, den 19. November 1918

nachm. 5½ Uhr in das Rathaus ergebenst eingeladen.

Tagesordnung:

1. Erhöhung der der Kleinkinderschule zur Beförderung der Lehrerin gewährten Beihilfe;
2. Bewilligung eines Beitrages für die Geschäftsstelle des Verbandes zur Förderung deutscher Theaterkultur;
3. Freihändiger Verkauf einer Waldfläche an Herrn Geh. Reg.- und Forstrat Elze;
4. Mitteilung über die Friedhofsvergrößerung bezw. Wiederbelegung der Felder des alten Friedhofs;
5. Verwaltungssachen.

Idstein, den 11. November 1918.

Der Stadtverordneten-Vorsteher:

Schwenk.

Kreistagswahl.

Zur Wahl von 2 Kreistags-Abgeordneten aus dem Wahlverband hiesiger Stadt lade ich die Herren Mitglieder des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung auf

Dienstag, den 19. November d. J., nachm. 5 Uhr, in das Rathaus ergebenst ein.

Idstein, den 11. November 1918.

Der Bürgermeister:

Leichtfuß.

Öffentliche Mahnung

zur Zahlung fälliger Steuern.

Die rückständigen Steuern für das 3. Vierteljahr 1918 (Oktober, November, Dezember) sind bis zum 23. d. Mts. zu entrichten. Nach Ablauf dieser Frist beginnt am 24. d. Mts. die kostenpflichtige Zwangsbeitreibung.

Die Stadtkasse.

Lehrer-Verein Idstein.

Einladung

zu einer Versammlung auf Mittwoch den 20. November, d. Js. nachm. 3½ Uhr im „Goldenen Lamm.“

Tagesordnung:

„Die Lehrerschaft und die Fragen der Gegenwart.“

Referent Herr Kollege Widel-Hestrich.

Ich bitte um recht zahlreichen Besuch.

Schwenk.

Achtung!

Gesuche aller Art in Zivil- u. Militärsachen, Führung von Prozessen, Strafsachen, Vertäge, Vormundschaftsrechnungen, Inventarien, Teilungen, Auskünfte überallhin durch

Brückmann, Limburgerstraße 23.

Schlachtpferde

sowie

Not schlachtungen

kauft Hugo Kehler, Pferdemezger, Wiesbaden, Telefon 2612.

Ich habe den Erlaubnisschein.

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem uns so schwer betroffenen Verluste unfres innigstgeliebten Kindes

Ernachen

insbesondere Herrn Dekan Ernst für die tröstenden Worte am Grabe und den zahlreichen Blumen- und Kranzpenden danken wir herzlichst.

Idstein, den 15. November 1918.

Die trauernden Hinterbliebenen:

Frau Boß Witwe und Kinder.

Vorschuß-Verein zu Idstein

e. G. m. u. H.

Bankgeschäft. — Gegründet 1880. — Sparkasse. Geschäftsgebäude: Wiesbadenerstraße. Giro-Konto bei der Reichsbank in Limburg a. d. L. und bei der Dresdner Bank in Frankfurt a. M. Postcheck-Konto No. 5642 Amt Frankfurt a. M. — Fernsprecher No. 31. —

Rassenstunden:

Sommer-Halbjahr von 8—12 Uhr vormittags
Winter-Halbjahr von 8½—12 Uhr vormittags
2—3 Uhr nachmittags.

(Donnerstags nachmittags geschlossen.)

Telegramm-Adresse: Vorschußverein.

In Anbetracht der politischen Ereignisse bringen wir hiermit die Vermietung von Schrankfächern in unserem feuer- und einbruchsicheren Stahlpanzerge- wölbe ganz besonders in empfehlende Erinnerung. Auch stellen wir der werten Kundschaft unsere Dienste, betr. Erledigung aller in das Bankfach einschlagenden Angelegenheiten zu den günstigsten Bedingungen, gerne zur Verfügung.

Um irrigen Auffassungen zu begegnen, bemerken wir, daß über Geldgeschäfte und Vermögensbestände gegen Jedermann Stillschwiegen bewahrt wird, und daß wir auch jeder Behörde hierüber die Auskunft verweigern.

Der Vorstand.

Meiner werten Kundschaft von hier und Umgebung zur Kenntnis, daß ich mein

Schmiedegeschäft

und Reparaturwerkstätte landwirtschaftlicher Maschinen wieder eröffnet habe.

Hochachtungsvoll

Ludwig Michel,

Schmiedemeister.

Die noch vorrätigen

Feldpostschachteln

werden billig abgegeben.

Georg Grandpierre.

Ein ehrliches, fleißiges

Mädchen

gegen guten Lohn gesucht.

Eisenbahnhof, Niedernhausen.

Ehrliches, älteres

Mädchen

bei gutem Lohn sofort gesucht.

Hotel Hill am Bahnhof.

Tintenpulver

zur Selbstbereitung von schwarzer, violetter und roter

Tinte

in Packungen zu 30 Pfg. empfiehlt

Georg Grandpierre,

Obergasse 10 Bahnhofstr. 44.

Landhaus oder Villa,

4—6 Zimmer, größerer Garten, nahe Wald, zu kaufen gesucht. Ausführl. Off. mit Preis nach Wiesbaden, Albrechtstraße 11, 1. Stock.

3—4 Zimmerwohnung

mit Zubehör sofort zu mieten gesucht von Frau Amtsrichter Wolf, z. St. Idstein, Bahnhofstr. 4.

Spielfarten

empfiehlt

Georg Grandpierre.

Des Buß- und Bettags

wegen geben wir morgen Dienstagabend ein zweites Blatt heraus. Anzeigen hierfür erbitten wir bis spätestens 12 Uhr mittags.

Der Verlag.